

Sozialarbeiter

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)



ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53677.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.

16. Jahrgang

Donnerstag, 24. September 1936

Nr. 223

Sitzung des Parteivorstandes

Der Parteivorstand hielt am Mittwoch unter dem abwechselnden Vorsitz der Genossen Doktor C a c h und T a l s h eine Sitzung ab, in welcher der Parteivorstande zunächst der Freude über den Wahlsieg der schwedischen und dänischen Genossen Ausdruck gab. Anschließend erstattete der Parteivorstande einen umfassenden Bericht über die weltpolitische Situation und über die innerpolitischen Probleme, darunter auch die Forderung der nichtagrarischen Parteien nach Erhöhung des Margarinekontingents, worüber bereits in nächster Zeit entschieden werden soll.

Am 20. Oktober knüpfte sich eine Debatte, in welcher die Genossen W e l l a n, H a k e n b e r g, S e e g e r, P l a t a n, K r e j č i, S c h n e i d e r, S e l l e r, T e n t s c h, S i f k a, S c h w e i c h a r t, T a u b, T a l s h, M ä l l e r eingriffen und insbesondere die Forderungen der einzelnen Gebiete hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung vorbrachten.

Der Vorsitzende konnte in seinem Schlusswort die Einmütigkeit der Auffassungen feststellen. Sein Bericht wurde einstimmig angenommen.

Nach Erledigung der laufenden organisatorischen und administrativen Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

Hansson betraut

Stockholm. Der König hat nach dem Rücktritt der Regierung Pehrson dem sozialdemokratischen Parteiführer Hansson die Bildung des neuen Kabinetts übertragen. Hansson hat den Auftrag angenommen.

Ein tapferes Wort

Professor Sauerbruchs

Berlin. Auf dem Kongress der Naturwissenschaftler und Ärzte in Dresden ergriff auch Professor Ferdinand Sauerbruchs, der berühmte Chirurg der Charité in Berlin, das Wort. Sauerbruchs feierte die ehemalige deutsche Unibersität, wie sie vor dem nationalsozialistischen Regime existierte, und führte im weiteren aus: Es wäre bereits an der Zeit, das Reden zu lassen und dafür zu sorgen, daß in der Unibersität die Ruhe wieder hergestellt werde, denn „es ist die unerlässliche Vorbedingung dazu, die wissenschaftlichen Arbeiten fortsetzen zu können. Die Wissenschaft kann nicht bloß von nationalen Idealen leben. Die Wissenschaft muß ihrem ewigen Ziele treu bleiben, dem Suchen der Wahrheit, in dem sie weder rechts noch links blickt. Die Waffen des Geistes haben für die Zukunft der Nation den gleichen Wert wie die materiellen Waffen.“

Diese Rede, die offen den jetzt an den deutschen Unibersitäten herrschenden Geist kritisiert, die ganz von Nationalsozialismus beherrscht werden, ist in den nationalsozialistischen Blättern nicht abgedruckt worden.

Ablehnung der Volksfront durch die belgischen Genossen

Brüssel. Ebenso wie der Syndikatsausschuss hat auch der Generatrat der belgischen sozialistischen Partei mit großer Mehrheit den Antrag auf Bildung einer Volksfront in Belgien abgelehnt. In einer mit allen gegen fünf Stimmen angenommenen Resolution heißt es, daß in Belgien, dessen innere Verhältnisse sich von denjenigen anderer Länder wesentlich unterscheiden, die Schaffung einer Volksfront zu einer Minderheits- und Oppositionsgruppierung führen würde, welche nicht die Möglichkeit hätte, die Regierung

Abessinien zugelassen Ohne Anrufung des Haager Schiedsgerichtes

Genf. Die Kommission zur Überprüfung der Vollmachten der Mitglieder der Völkerbundversammlung beriet Mittwoch den ganzen Tag. Sie gelangte zu dem Beschluß, ihren ursprünglichen Vorschlag, daß die Frage der Legalität der Beglaubigungsschreiben der abessinischen Delegation dem Haager Gerichtshof vorgelegt werde, aufzuheben. Die Kommission schlägt nunmehr ein Kompromiß vor, demzufolge die abessinische Delegation in der Völkerbundversammlung verbleiben könne, ohne daß das Haager Schiedsgericht angerufen wird.

Entgegen der Stellungnahme der Juristen, die eine Anrufung des Haager Gerichtshofes angeregt hatten, stellte sich der Ausschuss auf den Standpunkt, daß die Zweifel über die Gültigkeit der Vollmachten der Abessinier nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu ihrem Gunsten wirken und daß sie deshalb von den Arbeiten der Versammlung nicht ausgeschlossen werden könnten.

Die Plenarsitzung der Völkerbundversammlung wurde daraufhin Mittwoch abends einberufen.

Der Berichterstatter der Kommission, der griechische Gesandte Politis, legte der Völkerbundversammlung seinen Bericht vor, in dem er darauf aufmerksam machte, daß keine der Mitglieder der Mandatsprüfungskommission vorgeschlagen habe, das Mandat der abessinischen Delegation für ungültig zu erklären. Es habe nur geringer Zweifel über die Rechtsgültigkeit dieser Vollmachten bestanden. Die Mandatsprüfungskommission habe den Gedanken aufgegeben, der Völkerbundversammlung vorzuschlagen, die ganze Angelegenheit dem Haager Gerichtshof vorzulegen, und schlug vor, die Vollmachten der abessinischen Delegation für diese Tage zu genehmigen.

Auf Ersuchen der Vertreter Ungarns, Österreichs und Albanien wurde sodann über den Vorschlag der Kommission namentlich abgestimmt. Bei dieser Abstimmung stimmten die Vertreter Ungarns, Österreichs, Albanien und Cuba dagegen gegen den Vorschlag der Kommission. Der Schweizer Delegierte Motta enthielt sich nach einer kurzen Darlegung seines Standpunktes der Stimme, ebenso fünf weitere Delegierte.

Der Bericht des Gesandten Politis wurde von 39 Delegationen angenommen, während vier Delegationen dagegen stimmten. Der Bericht ist demnach genehmigt worden und die abessinische Delegation bleibt in der Völkerbundversammlung.

Der Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission Tudela hob hierauf hervor, daß es sich ausschließlich um eine Frage des Vorgehens handle. Diese Ansicht vertritt auch die tschechoslowakische Delegation, die nicht aus dem Auge gelassen hat, daß die Aufgabe der Mandatsprüfungskommission eine Aufgabe der juristischen Experten ist. Schon auf der Konferenz der Kleinen Entente in Preßburg war beschlossen worden, daß die Delegationen der Kleinen Entente in derartigen Fragen keine Initiative ergreifen

zu übernehmen oder an ihr teilzunehmen. Die belgische sozialistische Partei lehnt daher den Gedanken einer Volksfront und eines Bündnisses mit den Kommunisten ab.

Weiter befragt die Resolution, daß die belgische sozialistische Partei entschlossen ist, die faschistische Demagogie zu bekämpfen, und daß sie von der Regierung entschiedene Maßnahmen gegen diejenigen erwartet, welche die verfassungsmäßigen Freiheiten antasten wollten.

und die Initiative ausschließlich den Vertretern der großen Staaten überlassen werden.

Wie wird Rom reagieren?

Während die italienischen amtlichen Kreise in Rom noch größte Zurückhaltung gegenüber der Genfer Entscheidung betreffend die abessinische Delegation wahren, glaubt man in den römischen politischen Kreisen, daß Italien den Völkerbund verlassen wird. Die informierten Kreise verweisen aber darauf, daß weder eine Wichtigkeit, noch eine Notwendigkeit ersichtlich ist, warum Italien den Völkerbund verlassen sollte. Es sei allerdings nicht ausgeschlossen, daß der Standpunkt des Völkerbundes die Möglichkeit einer Mitarbeit Italiens bei der Lösung der europäischen Fragen ernstlich kompliziert und daß die Angelegenheit auch großen Einfluß auf die weiteren politischen Direktiven Italiens haben kann.

Neue Spannung England-Italien

Nach der Version des DW soll diese Wendung der Dinge auf Litwinow zurückzuführen sein, der, um die angeklagte Locarno-Konferenz ohne Rücksicht zu hinterziehen, die kleinen Staaten gegen den ursprünglichen Plan Englands und Frankreichs aufgepuscht hatte, der Abessinien auszuschalten wollte, um Italien wieder zur aktiven Anteilnahme an den europäischen Problemen zu bewegen.

Nach glaubwürdigeren Informationen soll jedoch der Vertreter Englands, Eden, in der entscheidenden Sitzung selbst diese Wendung angestimmt und den französischen Außenminister Delbos zum Verzicht auf den Ausschluß der abessinischen Delegation bewegen haben. Offenbar ist die Spannung zwischen Italien und England in der letzten Zeit nicht zuletzt durch die kaum mehr gehobene Hilfe, die Italien den spanischen Aufständischen angedeihen läßt, wieder verschärft worden.

Die Verschärfung der Beziehungen geht auch aus einer Rede hervor, die der sonst ziemlich italienfreundliche erste Lord der Admiralität, der frühere Außenminister Sir Samuel Hoare, nach seiner Rückkehr von einer Inspektionsreise im Mittelmeer gehalten hat. Darin kündigt er klipp und klar an, daß England auf seine Position im Mittelmeer nicht verzichten könne und den Verleumdung nach dem Osten, der für das britische Reich von vitalem Interesse sei, entsprechend sichern müsse.

Verbrüderung Rom-Berlin

Rom. Reichsminister Dr. Frank begab sich Mittwoch nachmittags in den Palazzo Venezia, wo er in Anwesenheit des Außenministers Ciano eine mehr als zweistündige Besprechung mit Mussolini hatte.

Nom. Staatssekretär Ricci veranstaltete Dienstag abends zu Ehren des Reichsjugendführers Valdir von Schirach einen Empfang, an dem auch Reichsminister Dr. Frank teilnahm. Wie das DW meldet, erklärte Ricci in seiner Ansprache u. a., wenn die alte Welt glaube, daß die Machenschaften des Volksevidenzismus und des Völkerbundes lebensnotwendig seien, so sei das eine Ideologie, die einen schweren Irrtum bedeute. Das Licht, das von Berlin und Rom ausgehe, sei härter als die Sonne. Wir wollen unter dem Zeichen Hitlers und Mussolinis die Einigkeit in Europa stabilisieren.

Die letzte Auflage der Revue „Mustrazione Italiana“ wurde wegen eines Artikels, in welchem vor den Gefahren des deutschen Imperialismus gewarnt wurde, beschlagnahmt. In dem Artikel wurde erklärt, daß Hitler die Tradition Wilhelms II. und die Verleumdungen nach Schaffung eines deutschen „Mittelmeeres“ erneuere. Weiter hieß es darin, daß die Reden Hitlers in Nürnberg lediglich eine Fassade für die neuen beschleunigten deutschen Rüstungen darstellten.

Weg mit dem Margarine-Kontingent!

Die Fettversorgung der Bevölkerung, insbesondere der Industriearbeiter in den Industriegebieten, geht einer Katastrophe entgegen — wenn nicht schnellstens Abhilfe geschaffen werden wird.

Die Erzeugung von Margarine ist kontingentiert. Dieses Kontingent ist für die Versorgung der Bevölkerung völlig unzulänglich. Deswegen wurde bisher von dem Kontingent, das für den Rest des Jahres zur Verfügung steht, bis Ende des Monats ein Mehrkontingent von 650 Waggons bewilligt, so daß für die letzten drei Monate des Jahres noch ein Restkontingent von 1130 Waggons zur Verfügung bleibt. Das ist aber viel zu wenig. Soll die Bevölkerung auf den Fettgenuß nicht verzichten, so müßte noch ein Mehrkontingent von 2500 Waggons bewilligt werden. Wir werden für diese unsere Forderung, die wir im Interesse der ärmeren Schichten erheben, mit aller Entschiedenheit kämpfen und diejenigen, welche sich dagegen sträuben, werden die Erfahrung machen, daß sich die Masse der Konsumenten nicht ausheulen lassen wird. Aber wir wissen auch, daß die Bewilligung eines Mehrkontingents, wie wir es verlangen, nur eine Notbehilfe wäre. Will man die Fettversorgung sichern, dann gibt es nur eines: Weg mit der ganzen Kontingentierung der Margarine-Produktion!

Warum haben die Agrarier das Margarine-Kontingent verlangt? Weil sie die Butterproduktion schützen wollen. Wir haben schon damals gesagt, daß die Einschränkung der Margarineerzeugung den Butterproduzenten nicht helfen wird — und wir haben Recht behalten. Die Frage des Butterabjages ist eine solche der Kaufkraft der Bevölkerung. Ein großer Teil der Arbeiter, alle Kurzarbeiter und Arbeitslosen müssen auf den Genuß von Butter verzichten und können sich höchstens die billigste Margarine kaufen. Viele Verkaufsstellen unserer Konsumvereine in den Wohngebieten verkaufen weder Butter noch Schweinefett, die Menschen können sich einen teureren Fettstoff einfach nicht leisten. Eine gute Butter kostet noch immer 18 bis 20 Kč und die billigere Landbutter hält kaum einen Transport von Wallern nach Bubweis aus, kommt also für die Versorgung der entfernteren Gebiete überhaupt nicht in Betracht. Die Sache ist einfach die, daß selbst wenn die Margarineerzeugung verboten würde, wäre den Buttererzeugern nicht geholfen. Butter und Margarine sind eben zwei verschiedene Produkte, die Spekulation der Agrarier schädigt also nicht nur die Konsumenten, sie ist auch falsch.

Wie wenig die bisherige Einschränkung der Margarineerzeugung den Butterproduzenten geholfen hat, lehrt die Tatsache, daß noch immer Butter eingeführt werden muß.

Daneben hat die Margarine-Kontingentierung noch andere Schäden mit sich gebracht. Sie hat der Protektion einzelner Betriebe Tür und Tor geöffnet. Sind doch, als die Ablicht durchsickerte, die Margarineerzeugung zu kontingentieren, Betriebe nur zu dem Zwecke errichtet worden, damit das Kontingent ausgenützt werden könne und man erzählt allerhand davon, daß mit Kontingenten ein Handel getrieben wird, wie mit Einfuhrzertifikaten und Wertpapieren. Den Nutzen vom Kontingent haben wieder die Konsumenten noch die Bauern, sondern ein paar Protektionskinder von Fabrikanten, derentwegen ein Teil der Bevölkerung auf den Fettgenuß verzichten soll. Ist die Gesundheit der Menschen dazu da, um den Profiteuren von ein paar Margarinefabrikanten geopfert zu werden?

Selbst wenn ein größeres Kontingent bewilligt werden sollte, werden gewisse Mißstände nicht aufhören. Schon jetzt verschwinden die billigeren Margarinearten vom Markt und wer Margarine haben will, muß die teure Sorte kaufen. Das Fleisch ist kaum erschwinglich und da soll der Arbeiter und Arbeitslose noch mehr Geld für Fett ausgeben? Das ist etwas, dem nicht zugehört werden kann. Für die Beseitigung dieser unerträglichen Zustände gibt es nur ein Mittel; Gebet das Kontingent auf, gebet die Margarineerzeugung frei, es wird genug Kunstfett da sein und

